



Für eine starke Landwirtschaft und unternehmerische Freiheit für die Bauern

Transatlantik- und Außenpolitik



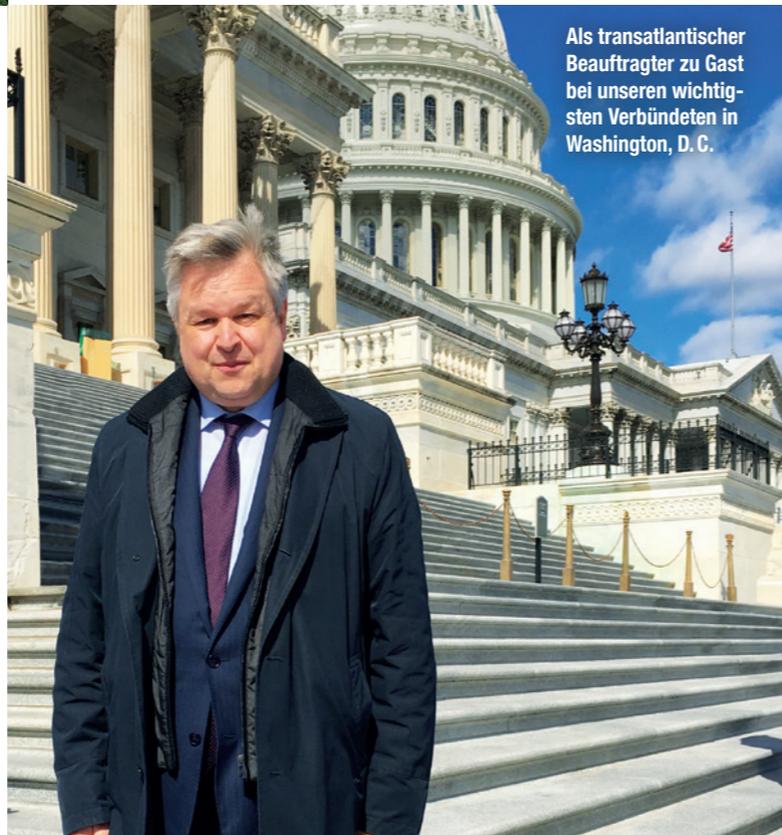
Wertschöpfung findet bei uns großteils im Export statt. Sichere Handelsrouten, Freihandelsabkommen und gute Beziehungen zu unserem engsten Verbündeten und Handelspartner USA liegen daher in unserem ureigensten Interesse. Deshalb habe ich mich als Transatlantikkoordinator der Bundesregierung intensiv für den Erhalt und den Ausbau der Freundschaft mit den USA eingesetzt. Donald Trumps Wahlsieg bedeutet für Deutschland, die EU und die NATO, dass jetzt handels- und sicherheitspolitisch herausfordernde Zeiten anbrechen. Außenpolitik ist kein „fernes“ Thema, sondern betrifft uns hautnah. Sie entscheidet unmittelbar darüber, wie sicher und krisenfest unsere Wertordnung, unser Wohlstand und unsere Freiheit sind. Das geht nur mit einer starken NATO und einer wettbewerbsfähigen EU, die sich für ökonomische Vernunft ebenso einsetzt wie für Menschenrechte und die Verteidigung unserer Freiheit.

Landwirtschaft und Umwelt



Der Leistung der Landwirte und Weingärtner für unsere Gesellschaft gebührt mehr Respekt und Anerkennung. Sie sind die besten Umweltschützer, die wir haben, denn eine gesunde Natur ist ihre wichtigste Ressource für die

Produktion von Lebensmitteln und für den Landschaftsschutz. Mit einem Entlastungspaket haben wir im Juli 2024 die unternehmerische Freiheit der Landwirte gestärkt und damit für Planungssicherheit gesorgt. Wir haben die zulässigen Pflanzenschutz- und Düngemethoden wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und weniger ideologisch ausgestaltet. Mit der Tarifglättung haben wir die Einkommensteuerlast der Landwirte gesenkt. Das heißt, dass ertragreiche Jahre mit ertragschwächeren Jahren in einem dreijährigen Betrachtungszeitraum verrechnet werden können, rückwirkend ab 2023. Zudem haben wir endlich die viel zu hohen Stilllegungen von vier Prozent der Ackerfläche abgeschafft. Auch die Vorschriften der EU wurden deutlich gelockert. Hier muss aber noch mehr geschehen, zum Beispiel die Stärkung der Landwirte in der Wertschöpfungskette und die Einführung einer steuerfreien Rücklage.



Als transatlantischer Beauftragter zu Gast bei unseren wichtigsten Verbündeten in Washington, D. C.

Liberal aus Überzeugung

Baden und Württemberg haben eine große liberale Tradition, Stadt- und Landkreis Heilbronn besonders. Große Namen wie Elly und Theodor Heuss stehen dafür – und Friedrich Naumann, Peter Bruckmann, Paul Meyle und viele mehr. Sie waren Liberale aus Überzeugung, standen für Bürgernähe und gute Politik. Ihr politisches Erbe ist Verpflichtung.



Mit meinem Landtagskollegen Nico Weinmann (r.) auf dem Heilbronner Wartberg



Unser Vorsitzender Christian Lindner (r.) mit seinem Schatzmeister Michael Georg Link: „Als Bundesschatzmeister der FDP übernehme ich Verantwortung für die Gesamtfinanzen unserer Partei“

Für eine starke liberale Stimme in Berlin

Impressum:
FDP Stadt- und Kreisverband Heilbronn
Michael Georg Link MdB
Heidelberger Straße 90B
74080 Heilbronn

Telefon: +49 (0) 7131 64 27 145
michael.link@bundestag.de
www.michael-georg-link.de

www.twitter.com/michael_g_link
www.instagram.com/michael_g_link



Freie Demokraten
FDP

Michael Georg Link MdB

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP im Deutschen Bundestag

In Heilbronn verwurzelt, in der Welt zu Hause

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

als Ihr FDP-Abgeordneter für den Wahlkreis Heilbronn bin ich gerne Ihr Ansprechpartner in allen politischen Fragen. Geboren 1963 in Heilbronn und hier aufgewachsen, ging ich nach dem Abitur aus Überzeugung zur Bundeswehr. Nach meinem Studium von Französisch, Russisch und Politikwissenschaft in Augsburg, Lausanne und Heidelberg arbeitete ich im In- und Ausland, unter anderem lange Zeit als Referent im Bundestag. Im Jahr 2005 wurde ich erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt, bald darauf auch in den Heilbronner Gemeinderat. In den Jahren 2012 und 2013 war ich als Staatsminister Guido Westerwelles politischer Stellvertreter im Auswärtigen Amt. Nach der FDP-Wahlniederlage 2013 bewarb ich mich um das Amt des OSZE-Direktors in Warschau und diente dort bis 2017. Parallel engagierte ich mich intensiv für den Wiederaufbau der FDP und wurde Ende 2017 erneut in den Bundestag gewählt. Dort bin ich heute stellvertretender Fraktionsvorsitzender, zuständig für Außen-, Verteidigungs-, Europa-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik. Für Heilbronn bewerbe ich mich erneut um ein Mandat, damit auch in der nächsten Wahlperiode eine starke liberale Stimme unsere Region in Berlin vertritt.

Für ein starkes Deutschland

Liberale stehen für Freiheit und Verantwortung. Wir trauen den Menschen etwas zu. Wir wollen sie weder bevormunden noch belehren.

Die FDP steht bis heute für einen starken Mittelstand und einen schützenden Rechtsstaat. Wir machen Politik besonders für die, die für sich und andere Verantwortung übernehmen und im Leben etwas aufbauen wollen: für sich und ihre Familie, als Selbständige oder in ihrem Beruf, als Student, Angestellter, Beamter oder als Rentner für die Kinder und Enkel. Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen, schriftlich oder am liebsten persönlich.

Anregungen, Kritik, Feedback?
Schreiben Sie mir gerne an
michael.link@bundestag.de


Ihr Michael Georg Link

Freie Demokraten
FDP



Für eine starke Wirtschaft in unseren Industriestandorten

Wirtschaftspolitik fürs Ländle



Wer in Baden-Württemberg und insbesondere im Stadt- und Landkreis Heilbronn Politik machen will, muss wissen, wie diese Region „tickt“.

Als gebürtiger Heilbronner, der viele Jahre an verschiedenen Orten studiert und gearbeitet hat, zog es mich immer wieder zurück in meine Heimat, die ich liebe und für deren Wohlergehen ich mich als örtlicher Abgeordneter verantwortlich fühle. Nur hier kann ich mir vorstellen, zu kandidieren, denn hier kenne ich Land, Leute und die wunderbare Landschaft zwischen Kraichgau und Weinsberger Tal, zwischen Bad Wimpfen und den Weinbergen des Zabergäus.

Als Region mit vielen mittelständischen Weltmarktführern, als hochinnovativer Forschungs- und Bildungsstandort und als jährlich wachsende Region brauchen wir mehr denn je gute Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft. Deshalb stehe ich für eine mittelstandsfreundliche Politik, für den effizienten Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur und für eine weltoffene Handelspolitik, die unsere Exportmärkte eng und sicher an uns bindet.

Wir als FDP haben im Herbst 2024 konkrete Vorschläge für einen wirtschaftlichen Befreiungsschlag gemacht. Wirtschaftsverbände und führende Ökonomen wie Clemens Fuest haben diese ausdrücklich begrüßt. In der damaligen Regierungskoalition im Bund sind wir aber an einen Punkt gekommen, an dem eine echte Wirtschaftswende nicht mehr umsetzbar war. Wir kämpfen jetzt umso mehr für eine neue Regierung, die Unternehmenssteuern senkt, Bürokratie abbaut und eine gemeinsame europäische Klimapolitik verfolgt statt eines deutschen Sonderwegs.

Verkehr und Infrastruktur



Die Region Heilbronn wächst erfreulich, doch unsere Infrastruktur ächzt an allen Ecken und Enden. Deshalb arbeite ich überparteilich mit allen Akteuren zusammen, die die regionale Straßen-, Schienen- und Wasserstraßeninfrastruktur zügig

voranbringen wollen. Dafür braucht es weniger Ideologie und mehr Pragmatismus! Konkrete Verbesserungen gibt es bereits beim sechsspurigen Vollausbau der A6 vom Weinsberger Kreuz bis zur bayrischen Landesgrenze, der planerisch beschleunigt und möglichst via ÖPP realisiert werden soll. Beim Neckar geht es dank FDP-Einsatz in der ehemaligen Koalitionsregierung voran: Die Hochschule Heilbronn wurde in Kooperation mit der Dieter-Schwarz-Stiftung beauftragt, ein Konzept zur strategischen Neuausrichtung der Nutzung des Neckars zu erarbeiten, damit die Schleusen zügig modernisiert werden und mehr Verkehr auf den Neckar verlagert wird.

Der vielleicht schwerste Brocken ist die Schiene: Hier müssen wir einerseits den Nahverkehr auf der Frankenbahn endlich zuverlässig gestalten und andererseits möglichst bald umsteigerfreie Fernverkehrsanschlüsse für Heilbronn schaffen. Daher setze ich mich auch weiterhin beim Vorstand der DB für konkrete Verbesserungen des Bahnverkehrs von und nach Heilbronn ein.



Für eine starke Infrastruktur im ländlichen Raum und in unseren Städten

Haushalt und Schuldenbremse



Haushaltspolitik ist kein Wunschkonzert. „Erwirtschaften kommt vor dem Verteilen“ – auf diese Reihenfolge kommt es an. Gerade bei uns „im Ländle“. Die Schuldenbremse erhöht den Reformdruck in der Haushaltspolitik und ermöglicht uns begrenzte Neuverschuldung für Investitionen, die die Vorgängerregierungen verschleppt haben. So verpflichtet die Schuldenbremse den Gesetzgeber, mit Steuergeldern der Bürger besonders verantwortungsvoll umzugehen und generationengerecht zu handeln. Sie verlangt von uns eine regelmäßige Inventur staatlichen Handelns und wirkt erfolgreich als Inflationsbremse.

Alle Versuche von SPD und Grünen sowie von Seiten der CDU, die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse auszusetzen oder aufzuweichen, haben wir, die FDP, erfolgreich abgewehrt, da sie dem Urteil des Verfassungsgerichts widersprechen.

Migration und Asyl



Migration muss geordnet und nicht unkontrolliert erfolgen. Die Fehler Angela Merkels und ihrer Großen Koalition in der Flüchtlingskrise nach 2015 wirken leider bis heute nach. Deshalb haben wir die Abschiebe- und Asylverfahren beschleunigt,

Geld- durch Sachleistungen ersetzt und die Bundespolizei gestärkt. Unser FDP-Kollege Joachim Stamp arbeitet als Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen daran, dass die irreguläre Migration deutlich reduziert wird und stattdessen Fachkräfte in unseren Arbeitsmarkt einwandern. Die ersten Erfolge zeigen sich: 2024 gingen die Asylanträge in Deutschland um 25 Prozent zurück. Nun müssen wir dringend neue sichere Herkunftsländer ausweisen, um die Ablehnung von Asylanträgen zu beschleunigen. Neben der stärkeren Sicherung der EU-Außengrenzen müssen wir bis zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems auch vorübergehende Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen umsetzen, denn diese zeigen bereits Wirkung. Wir sollten prüfen, ob Asylverfahren in EU-Nachbarstaaten durchgeführt werden können, und Asylbewerber nur noch in aussichtsreichen Fällen überhaupt erst ins Land lassen, um so unsere Kommunen zu entlasten.